

# *Prämien-Entlastungs-Initiative*

# *Prämien-Entlastungs-Initiative*

## Initiative d'allégement des primes

### *Ausgangslage:*

- Die Initiative wurde von der SP lanciert und ist am 25.02.2020 mit über 101'000 Unterschriften zustande gekommen.
- Der Nationalrat hat die Initiative mit 123 zu 70 Stimmen bei 3 Enthaltungen zur Ablehnung empfohlen, der Ständerat mit 32 zu 11 Stimmen bei 1 Enthaltung.
- Nahezu alle Stimmen für die Initiative kamen von SP und Grünen. Alle anderen Fraktionen waren geschlossen bzw. fast geschlossen dagegen.
- Es wurde fast einstimmig ein indirekter Gegenvorschlag verabschiedet (Nationalrat: 195:0 bei 1 Enthaltung, Ständerat: 41:1 bei 2 Enth.).

# Prämien-Entlastungs-Initiative

## Initiative d'allégement des primes

### *Initiativtext:*

Art. 117 Abs. 3, Art. 197 Ziff. 12

<sup>3</sup> Versicherte haben Anspruch auf eine Verbilligung der Krankenversicherungsprämien. Die von den Versicherten zu übernehmenden Prämien betragen höchstens zehn Prozent des verfügbaren Einkommens. Die Prämienverbilligung wird zu mindestens zwei Dritteln durch den Bund und im verbleibenden Betrag durch die Kantone finanziert.

*12. Übergangsbestimmung zu Art. 117 Abs. 3 (Verbilligung der Krankenversicherungsprämien)*

Ist die Ausführungsgesetzgebung zu Artikel 117 Absatz 3 drei Jahre nach dessen Annahme durch Volk und Stände noch nicht in Kraft getreten, so erlässt der Bundesrat auf diesen Zeitpunkt hin die Ausführungsbestimmungen vorübergehend auf dem Verordnungsweg.

# Prämien-Entlastungs-Initiative

## Initiative d'allègement des primes

### *Argumente des Initiativkomitees:*

- Die Einkommen stagnieren oder steigen nur leicht an, Prämien explodieren, auch die Lebenskosten sind gestiegen. Es braucht jetzt dringend eine Entlastung für alle mit tiefen und mittleren Einkommen!
- Die Prämien sind in den letzten 20 Jahren stark gestiegen, trotzdem haben die Kantone die Prämienentlastung stetig gekürzt. 9 Kantone geben heute in absoluten Zahlen weniger Geld für Prämienentlastung aus als vor 10 Jahren – obwohl die Bevölkerung und die Kosten gestiegen sind.
- Deshalb erhalten immer weniger Versicherte Unterstützung – und wer Prämienentlastung bekommt, erhält immer weniger. Das geht so nicht weiter!
- Die vereinte Lobby von Krankenkassen, Pharmakonzernen und gewinnorientierten Spitälern zusammen mit den bürgerlichen Parteien hat bisher griffige Gesetze zur Senkung der Gesundheitskosten verhindert. Die Gesundheitslobby maximiert so die Profite.
- Die Rechnung dafür zahlen die Prämienzahler:innen. Die Initiative verschiebt mit der Deckelung der Prämien bei 10 % des Einkommens den Druck der steigenden Gesundheitskosten und Prämien auf Bund und Kantone. Diese müssen deutlich mehr Prämienentlastung ausschütten. So erhöht sich ihr Anreiz, die Gesundheitskosten in den Griff zu bekommen.

# *Prämien-Entlastungs-Initiative*

## Initiative d'allégement des primes

### *Inhalt des indirekten Gegenvorschlags:*

- Stärkung des bedarfsorientierten Prämienverbilligungssystems durch die Kantone auf den unteren Mittelstand im Umfang von total 356 Mio. / Jahr.
- Abhängig von der Prämienlast sollen die Kantone neu zwischen 3.5 und 7.5 % der kantonalen Bruttokosten der obligatorischen Krankenversicherung für die Prämienverbilligung aufwenden.
- Die Kompetenz für die Berechnung des genauen Prämienverbilligungsbetrags bleibt bei den Kantonen.

# Prämien-Entlastungs-Initiative

## Initiative d'allégement des primes

### *Haltung der Fraktion zur Initiative:*

- Der Begriff „verfügbares Einkommen“ gemäss BfS beinhaltet lediglich die obligatorischen Transferausgaben Steuern und Krankenkassenprämien, nicht aber weitere Fixkosten wie Miete, Pflege- oder Betreuungskosten. Die Fokussierung auf diesen Parameter ist nicht sinnvoll.
- Die Kostenverschiebung von den Kantonen zum Bund (Übernahme von mind. zwei Drittel der Kosten) führt in einigen Kantonen zur Senkung des Kostenbewusstseins, obwohl sie ja hauptverantwortlich für das Gesundheitswesen sind und somit auch den grösseren Hebel zur Beeinflussung der Kosten haben.
- Mehrkosten von 3,5 bis 5 Mia. / Jahr, steigend (2030 werden die Kosten auf 8,2 Mia. geschätzt) → sehr teuer

→ Aus diesen Gründen lehnt die Fraktion die Initiative ab

# Prämien-Entlastungs-Initiative

## Initiative d'allégement des primes

### *Haltung der Fraktion zum indirekten Gegenvorschlag (GGV):*

- Handlungsbedarf ist anerkannt: Die Prämien werden immer noch so berechnet, dass sie im Schnitt die Kosten decken. Trotz der Verbilligung ist der Anteil der Prämien an den Haushaltsausgaben in den tieferen Einkommensklassen aber gestiegen. Dazu kommt, dass einige Kantone ihren Beitrag bewusst reduziert haben, oft um Sparprogramme umzusetzen.
- Es ging beim GGV darum, wie gross das ganze Paket sein soll (Umfang der Entlastung der unteren Einkommen). Die Fraktion hat sich für einen Betrag eingesetzt, der das Problem tatsächlich angeht und die beabsichtigte Wirkung erzielt, in der Grössenordnung von Mehrkosten von ca. 1,3 Mia. beim Bund und etwa 900 Mio. bei den Kantonen.
- Der von der Parlamentsmehrheit verabschiedete Gegenvorschlag sieht nun eine Entlastung des unteren Mittelstands im Umfang von 356 Mio. / Jahr schweizweit vor, was keine befriedigende Leistung des Parlaments ist.
- Unsere Bemühungen, die Problematik der fehlenden Harmonisierung zu klären, waren leider nicht mehrheitsfähig.
- Dennoch bringt die Initiative mehr Nachteile mit sich, als sie zur Problemlösung beiträgt. Mit dem GGV ist der Handlungsbedarf anerkannt und kann eine Basis für weitere Schritte bieten.
- Die populistischen Initiativen und der fehlende Wille der Parlamentsmehrheit, tragfähige Kompromisse zu erarbeiten, bringen die Grünliberalen vermehrt in unpopuläre Situation.